

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wortzahlmäßig: Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vierhundert).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen von Seite:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 15.

Berlin, Mittwoch, 22. Februar 1911.

Dreizehnter Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Auf zur Tat! — Die Schwindjucht der Arbeiter. — Wie stehen wir zum Zeitgeist in der Arbeiterbewegung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Auf zur Tat!

Wie in der Natur die Winterstürme dem Lenzen weichen müssen, so ist auch dem Rückgang, über den die Organisationen der Arbeiter in den letzten Jahren zu klagen hatten, wieder der Aufschwung gefolgt. Das Meer der Indifferenten ist vermindert worden; unter dem Banner der Organisation haben sich viele Tausende von neuen Anhängern gekammelt. Auch in den Deutschen Gewerkevereinen macht sich ein reges Leben bemerkbar. Der Verlust an Mitgliedern, den wir zu beklagen hatten, ist nicht nur wieder wettgemacht worden, sondern der Höchststand der Mitgliederzahl ist bei weitem überschritten. Das muß unseren Kampfesmut und unsere Arbeitsfreudigkeit erhöhen und uns einen Ansporn geben zu weiterer emsiger Agitation.

Auch in den Tätigkeitsberichten kommt diese erfreuliche Erscheinung zum Ausdruck. Fast überall sind die Kollegen von Hoffnungsfreudigkeit erfüllt und geben den Willen zu erkennen, mit verdoppelter Energie in den Kampf für die Ausbreitung unserer Ideen einzutreten. Die neuen Ausschüsse bringen den Wunsch zum Ausdruck, das auf sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und etwas für die Organisation zu leisten. Dieses Streben verdient volle Anerkennung. Aber mit guten Vorläufen allein ist es nicht getan; den schönen Worten müssen auch Taten folgen, und diese Taten zu vollführen, dazu bedarf es eines energischen Willens. Wo aber dieser Wille vorhanden ist, da kann und wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Darum auf zur Tat! In allen Ecken und Werten Vaterlandes hat der Gedanke unserer Organisation Wurzel geschlagen und festen Boden gefunden. Es gibt keine bedeutendere Stadt, wo nicht ein Ortsverein der Deutschen Gewerkevereine bestünde. Aber auffallend ist es, daß trotzdem an vielen Orten noch Berufe unvertreten sind, für die ein Ortsverein eigentlich bestehen müßte. Das ist ein Mangel, dem abzuhelfen die Ortsverbände in erster Linie berufen sind. Es ist ja natürlich, daß zunächst jeder Ortsverein bemüht ist, seine eigenen Reihen zu stärken und neue Mitglieder für sich zu gewinnen. Jeder legt seine Ehre daran, für den eigenen Ortsverein zu werden. Das soll auch weiter so sein. Aber der Ortsverband hat dafür zu sorgen, daß aus den Massen der unorganisierten auch diejenigen für die Deutschen Gewerkevereine gewonnen werden, für die ein Ortsverein noch nicht besteht; für sie muß eben ein Ortsverein gegründet werden.

Das hat wohl seine Schwierigkeiten. Es ist leichter, für einen schon vorhandenen Verein Mitglieder zu werben, als einen neuen Verein zu gründen. Aber diese Schwierigkeiten sind keineswegs unüberwindlich. Bei Energie und festem Willen kommt man leicht darüber hinweg. Wenn alle Kollegen an einem Orte zusammenarbeiten, so muß es eine Kleinigkeit sein, dort, wo z. B. die Zigarrenindustrie blüht, einen Ortsverein der Zigarren- und Tabakarbeiter ins Leben zu rufen, wo die Lederindustrie viele Betriebe aufweist, einen Ortsverein der Lederarbeiter zu gründen usw. Man darf auch nicht davor zurückschrecken, daß man nicht gleich die für die Gründung eines Vereins erforderliche Anzahl von Mitgliedern hat. Auch wenn man zunächst nur zwei oder drei Arbeiter des betreffenden Berufes gewinnen kann, so soll man sie zunächst irgendeinem anderen Ortsverein zuführen und sie unablässig anspornen, solange unter ihren

Berufsgenossen zu agitieren, bis es ihnen möglich ist, selbst einen Verein ins Leben zu rufen.

Aber hier gerade laßert es häufig. Die Vereine geben nicht gern Mitglieder, die sie einmal für sich gewonnen haben, später wieder ab. Was sie haben, möchten sie gern behalten. Das ist verfehlt. Wenn die Möglichkeit gegeben ist, durch Verzicht auf einige Mitglieder eine größere Anzahl zu gewinnen, wenn es auch für einen anderen Berufsverein ist, so muß das kleine Opfer im Interesse der Allgemeinheit unbedingt gebracht werden. Wir müssen uns dadurch nur selbst. Die Stärke der Gesamtorganisation ist es, die unsere Stellung in der Öffentlichkeit bestimmt, und diese Gesamtorganisation kann am wirksamsten gestärkt und vergrößert werden, wenn wir alle für einen und einer für alle arbeiten.

Die Agitation kann auch nur erfolgreich betrieben werden, wenn die Trennung nach Berufen möglichst streng durchgeführt ist. Nur dann sollen Nichtberufsgenossen aufgenommen werden, wenn für sie ein Ortsverein noch nicht besteht. Sobald die Möglichkeit vorhanden ist, soll auf die Neugründung hingearbeitet werden. Wird nicht nach diesem Grundsatz gehandelt, so wird es auch nicht möglich sein, größere Mengen dieses Berufes zu organisieren. Nur ausnahmsweise wird sich ein Soljarbeiter entschließen, einem Ortsverein der Metallarbeiter beizutreten. Er wird es dann tun, wenn Aussicht vorhanden ist, später einmal dadurch einen Ortsverein der Soljarbeiter zu gründen, und erst ein solcher Ortsverein der Soljarbeiter wird Soljarbeiter in größeren Massen organisieren können.

Also noch einmal kurz zusammengefaßt: Sucht eure eigenen Reihen zu stärken, vergeßt aber auch nicht dabei, gemäß den Beschlüssen des letzten Verbandstages, Ortsvereine anderer Berufe zu gründen und dabei insbesondere die schwächeren Gewerkevereine zu unterstützen! Ein weites und dankbares Gebiet ist da noch zur Bearbeitung geöffnet. Die neuen Ortsverbandsausschüsse, die gern vorwärts und die Zahl ihrer Mitglieder vergrößern möchten, müssen jetzt mit aller Energie an die Arbeit gehen. Die aufwärtsstrebende Bewegung müssen sie sich zunutze machen, und bei ernstem Willen werden sie sehr bald beobachtet können, daß ihre Arbeit auch von Erfolg gekrönt wird. Nur auf einen energischen Versuch kommt es an, und zu diesem Versuch anzuhornen war der Zweck dieser Zeilen. Hoffentlich fällt unter Mahnung zur Agitation nicht auf unfruchtbaren Boden!

Die Schwindjucht der Arbeiter.

Der rühmlichst bekannte Sozialhygieniker Professor Dr. Th. Sommerfeld in Berlin hat in diesen Tagen eine kleine Schrift veröffentlicht: „Die Schwindjucht der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung“, der wir von Herzen wünschen, daß sie in den Kreisen der Arbeiter recht weite Verbreitung und gründliche Beachtung findet. Die Verwirklichung dieses Wunsches glauben wir am besten dadurch fördern zu können, daß wir den Inhalt der Schrift in knappen Zügen hier wiedergeben.

Zunächst werden die Ursachen der Schwindjucht oder Tuberkulose untersucht. Die wissenschaftlichen Forschungen haben ergeben, daß als Erreger der Krankheit die Tuberkelbazillen zu betrachten sind, die auf dem menschlichen und tierischen Organismus ihren Nährboden finden. Ohne Tuberkelbazillen kann sich eine Tuberkulose nicht entwickeln. Umgekehrt aber bewirkt das Eindringen von Tuberkelbazillen in den Körper keineswegs die gefährliche Krankheit zu erzeugen. Die gesunden Ge-

webe des menschlichen Körpers sind stärker als die Bazillen. Dagegen vermögen diese dort, wo die Gewebe aus irgendwelchem Grunde geschwächt und widerstandsunfähig geworden sind, die Tuberkulose auszulösen. Diejenigen Momente, welche die Widerstandsfähigkeit des Organismus schwächen, sind in der Hauptfache Staubeinwirkung, ungünstige gewerbliche Haltung, Ueberanstrengung und ungewöhnliche Lebensweise.

Ueberaus interessant ist die Schilderung, wie die verschiedenen Arten des Staubes auf die Atmungsorgane wirken und welche Folgen die Staubeinatmung zeitigt. Ein reichhaltiges wissenschaftliches Material ist darüber zusammengetragen. Daraus ist zu erkennen, daß nach der Form und nach der Farbe des eingeatmeten Staubes die Lungen eine entsprechende Veränderung und charakteristische Färbung annehmen und mehr oder weniger auch in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt werden müssen. Je mehr Staub in die Lungen einströmt und das normale Gewebe zerstört, um so eher finden die Tuberkelbazillen einen günstigen Nährboden.

Nun folgt die Erkennung der Ablagerung von Staub in den Atmungsorganen beim Lebenden auf große Schwierigkeiten. Die Arbeiter gewöhnen sich an die sie umgebende Atmosphäre; nach und nach tritt eine Abstumpfung der Schleimhäute der Atmungswege ein, die aber keineswegs mit einer Unwirksamkeit der Staubteilchen gleichbedeutend ist. Außerlich macht sich die Einatmung des Staubes in einem Luftrohrfataren bemerkbar, der einen nicht besonders charakteristischen Auswurf zur Folge hat. Nur hin und wieder zeigt dieser Auswurf je nach Art des eingeatmeten Staubes eine auffallende Färbung. Die Kohle gibt einen grauen bis schwärzlichen Farbton; Eisenoxyd färbt den Auswurf oderfarben, Labakstaub braun, Ultramarin grünlich oder blaugrün. In diesen Fällen also weist die Farbe des Auswurfs auf die Ursachen der krankhaften Erscheinung hin. Die sonstigen Veränderungen in der Lunge, wie Verdichtungen und Verhärtungen des Gewebes treten aber noch nicht dadurch in die Erscheinung.

Auch die Körperhaltung bei der Ausübung des Gewerbes ist von Einfluß auf die Gesundheit der Lunge und dementsprechend auf die Entwicklung der Tuberkulose. In vielen Berufen muß eine gebeugte Haltung beobachtet werden. Dadurch wird der Blutkreislauf der Lunge gestört oder eingengt, und die Wissenschaft lehrt, daß gerade blutarme Gewebe einen besonders geeigneten Nährboden für Tuberkelbazillen darstellen.

Im Rahmen dieser knappen Besprechung ist es unmöglich, auf das ungemessen reichhaltige und anschauliche Zahlenmaterial einzugehen, das Professor Sommerfeld anführt, und das so recht deutlich erkennen läßt, welche schweren Opfer bestimmte Berufe der Tuberkulose bringen müssen. Als besonders gefährliche Erwerbszweige werden genannt die Schleifer, die Feilenbauer, die Steinmetzen, die Glasarbeiter, die Porzellanarbeiter, die Schmelzschleifer, die Diamantschleifer usw. Andererseits wird darauf hingewiesen, daß die Beschäftigung der Kalkofenarbeiter, die doch auch dem Staube stark ausgesetzt sind, nicht allein ungefährlich ist, sondern sogar noch einen günstigen Einfluß auf die Gesundheit der Arbeiter ausübt und sie vor allem gegen Schwindjucht schützt. Auch die gesundheitlichen Verhältnisse der Bergleute werden ebenso wie die der übrigen Arbeiterkategorien bei diesen statistischen Betrachtungen eingehend gewürdigt.

Mit aller Deutlichkeit sprechen die angeführten Zahlen dafür, daß die Lungenschwindjucht, der Würgeengel der Menschheit, gerade unter den industriellen Arbeitern eine so verheerende Wirkung entfaltet, daß schon hieraus ein nicht geringer Teil des sozialen Elends, welche Bevölkerungsschichten

eine genügende Erklärung findet. Deshalb gilt es energisch den Kampf gegen die Tuberkulose aufzunehmen, nicht allein dadurch, daß man der Entwicklung des Leidens entgegenarbeitet, sondern daß man vor allen Dingen auch eine vorbeugende Tätigkeit entfaltet. Man darf sich nicht damit begnügen, die Tuberkelbazillen zu vernichten oder doch wenigstens unschädlich zu machen, sondern man muß vor allen Dingen auch danach trachten, durch Fernhaltung von Schädigungen den Körper so gesund zu erhalten, daß er durch seine eigene Lebenskraft die Wirkungen etwa eingedrungener Krankheitskeime zu überwinden vermag. Namentlich ist dort, wo ein Tuberkulöser in der Familie vorhanden ist, die größte Sorgfalt zu beachten. Es muß in allen Räumen für einen Spudnapf georgt sein, der eine Flüssigkeit enthält, um die Eindringung des Auswurfs zu verhüten. Am besten empfiehlt sich eine Lösung gewöhnlicher Karbolsäure, von der man einen Eßlöffel auf einen halben Liter Wasser nimmt. Der Inhalt der Spudnapfe muß täglich geleert werden. Hustende Personen sollten stets eine Spudflasche bei sich haben. Vor allen Dingen aber muß im Haushalte sowohl wie am Körper tuberkulöser Personen peinlichste Sauberkeit beobachtet werden. In einem reinlichen Hause können Tuberkelbazillen nicht gedeihen, und auch bei dauerndem Aufenthalt eines Tuberkulösen unter solchen Verhältnissen ist jegliche Gefahr für die gesunde Umgebung ausgeschlossen.

In den Betrieben muß dafür georgt werden, daß der schädliche Staub möglichst abgeleitet und beseitigt wird. Die bis jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen, die den behördlichen Organen, vor allem der Gewerbeaufsicht gewisse Befugnisse einräumen, sind nicht ausreichend. Die diesbezüglichen Vorschriften müssen einheitlich für das ganze Land und noch zweckmäßiger für sämtliche Kulturstaaten geregelt werden. Eine wirksame Bekämpfung der Staubgefahr kann erfolgen durch Anfeuchtung des Materials, in anderen Fällen durch Einstellung desselben. Wo derartige Hilfsmittel nicht möglich oder nicht ausreichend sind, muß durch Exhaustoren der Staub beseitigt werden. Großes Gewicht muß auch auf die Reinigung der Arbeitsstätten gelegt werden, auf die schon bei der Errichtung von vornherein durch geeignete Beschaffenheit der Wände und des Fußbodens bedacht zu nehmen ist.

Auch die Größe des Luftraumes und die Ergiebigkeit des Luftwechsels ist von großer Bedeutung. Professor Sommerfeld ist der Meinung, daß sich bestimmte Normen hier nicht aufstellen lassen. Je nach der Beleuchtung und der Staubeentwicklung muß der auf den einzelnen Arbeiter entfallende Luftstrom größer oder kleiner sein.

Von wesentlichem Einfluß auf die Gesundheit ist vor allen Dingen auch das Maß der Arbeit und die Art der Arbeitsleistungen. Die hierauf bezüglichen Ausführungen lassen erkennen, wie notwendig und im Interesse der Gesundheit der Arbeiter erforderlich eine möglichst kurze Arbeitsdauer ist. Die zehnstündige tägliche Arbeitszeit sollte nach dem Verfasser als Höchstleistung gelten, und eine Verminderung dieser Arbeitsdauer ist für alle diejenigen Beschäftigungen zu fordern, die entweder größere körperliche Anforderungen stellen, oder in denen die Gesundheit des Arbeiters durch gewerbliche Gifte, durch übergroße Hitze oder durch Entbehrung des Tageslichtes besonders gefährdet ist. Bei dieser Gelegenheit wird auch an die Eltern die Mahnung gerichtet, bei der Berufswahl für ihre Kinder recht vorsichtig zu sein und sich vor der Entlassung aus der Schule mit dem Leiter der Anstalt, dem Klassenlehrer und dem Schularzt über den zu ergreifenden Beruf zu beraten.

Am wirksamsten kann der Kampf gegen die Tuberkulose, besonders der ärmeren Bevölkerung geführt werden, wenn es gelingt, die allgemeine gesunde heitliche und wirtschaftliche Lage der breiten Volksschichten zu heben. Mancher gute Fingerzeig wird in dieser Richtung gegeben, der sowohl den Behörden auch als den einzelnen Personen zur Beherzigung empfohlen werden muß. Durch eine sorgfältige Hautpflege, gründliche Keilichkeit, zweckmäßige Kleidung, genügende und vernunftmäßige Ernährung kann der Tuberkulose wirksam entgegengetrieben werden. Der gemäßigtere Genuß alkoholischer Getränke muß vermieden werden.

Endlich wird auch der Fürsorge für tuberkulöse Kranke ein Kapitel gewidmet und auf die segensreiche Wirkung der Bungenheilstätten, Land-erholungsstätten und Fürsorgestellen hingewiesen. So kann der Kampf gegen die Tuberkulose von den verschiedensten Seiten und von den mannigfachsten Gesichtspunkten aus tatkräftig aufgenommen werden, und wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, daß die besonders in den letzten Jahrzehnten festzu-

stellende Abnahme der Tuberkulose andauernd weitere Fortschritte machen werde.

Wir schließen uns dem in diesem Satze zum Ausdruck gebrachten Wunsche Professor Sommerfelds an und würden uns freuen, wenn diese kurze Darstellung zur Verbreitung der lehrreichen Schrift beitragen würde. Sie ist so abgefaßt, daß jeder Arbeiter den Inhalt verstehen kann; überflüssige Fremdwörter sind vermieden, der Ton ist ein durchaus volkstümlicher. Aus diesen Gründen hat sich auch der Geschäftsführende Ausußuß unseres Verbandes zur Aufgabe gestellt, die Schrift möglichst weiten Kreisen zugänglich zu machen, und erreicht, daß dieselbe zu dem Ausnahmepreise von 20 Pf. an unsere Mitglieder abgegeben werden kann. Im Interesse der Volksgesundheit bitten wir, daß recht viele Kollegen die Schrift kaufen, die vom Verbandsbüro bezogen werden kann. Wo mehrere Kollegen in einem Verein die Schrift beziehen wollen, empfiehlt es sich, die Bestellung gemeinlich zu machen und gleichzeitig den Betrag an den Verbandskassierer, Kollegen Rudolf Klein, Greifswalderstraße 221-23, einzuzahlen.

□ Wie stehen wir zum Arztstreit in der Arbeiterversicherung?

(Fortsetzung.)

Dagegen haben die Kassen nun recht viel einzumenden. Lassen wir sie mit eigenen Worten reden. Am 10. Juli 1907 überreichte die geschäftsführende Krankenkasse Dresden des Verbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands dem Dresdener Magistrat einen Bericht, in dem zusammenfassend über die freie Arztwahl gefagt wird:

1. Die freie Arztwahl in der ausgereichten Form steht in Widerspruch mit der Selbstverwaltung und Vertragsfreiheit der Krankenkassen, indem sie ihnen die Regelung der ärztlichen Versorgung ihrer Mitglieder aus der Hand nimmt und sie den Ärztevereinigungen überträgt, deren Interessen sich mit denjenigen der Kassen nicht bedecken;
2. sie zwingt den Kassen unbeschden jeden im Kassenbezirk wohnenden Arzt auf;
3. sie lockert die persönlichen Beziehungen zwischen der Kassenverwaltung und den Ärzten, die infolgedessen weniger Anteil an dem Wohle der Kasse nehmen, und sie bringt auf der anderen Seite die Gefahr mit sich, daß die Ärzte in Abhängigkeit von den einzelnen Kassenmitgliedern geraten;
4. sie trägt zur wesentlichen Erhöhung der Arzt- und Arzneikosten sowie des Krankengeldes und zur Förderung des Simulantentums bei, weil sie die Mitglieder veranlaßt, diejenigen Ärzte zu bevorzugen, welche in Bezug auf manche ärztliche Verrichtungen, insbesondere im Verschreiben von Arzneien und in der Ausstellung von Erwerbsunfähigkeitsbescheinigungen am weitesten gehen;
5. sie erschwert die Kontrolle der Kranken, die bald diesen, bald jenen Arzt in Anspruch nehmen, wenn sie die Kasse ausnutzen wollen;
6. sie fördert in unerwünschter Weise das ärztliche Spezialistentum, weil sie die Inanspruchnahme der Spezialisten unbeschränkt zuläßt und lediglich in das Ermessen der Kranken stellt;
7. sie drückt den Einfluß des die Interessen der Gesamtheit der Versicherten vertretenden Kassenvorstandes auf die Kassenleistungen bis zur Bedeutungslosigkeit herab und überträgt die Bestimmung darüber unerantwortlichen Personen;
8. sie nötigt die Kassen einerseits zu die Mitglieder und Arbeitgeber schwer belastender Beiträge, Erhöhung und andererseits zu Einschränkung der Unterstützungen bis auf die Mindestleistungen, verhindert also einen zielbewußten Ausbau der Kassenrichtungen;
9. sie macht die immer mehr als notwendig erkannte Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Dienstboten und die Hausgewerbetreibenden unmöglich, da bei den weiten Entfernungen auf dem Lande und der festliegenden Krankheitsfähigkeit bei den Hausgewerbetreibenden die Beschaffung ärztlicher Hilfe und die damit in Verbindung stehende weitere Unterstützung den Kassen unerwünschte Kosten aufbürden, sie ihrem baldigen Ruin entgegenführen müßten;
10. die freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen, die in ihrem Werte für die Volksgesundheit nicht hoch genug anzuschlagen ist, könnte bei den meisten Kassen des Rückgangs der finanziellen Verhältnisse wegen nicht länger beibehalten werden, während doch im Interesse der Allgemeinheit deren obligatorische Einführung geboten erscheint.

Außerdem hat die genannte Kasse 1908 eine umfassende Denkschrift zu dieser Frage veröffentlicht, in der es heißt, daß:

1. ...
2. der Arzt ganz und gar vom Wohlwollen der Kassenpatienten abhängig und in der Hauptsache derjenige Arzt auf die Sympathien der Patienten werde rechnen können, der bei Verschreibung sich am willfährigsten zeige. Er werde also aus der „Abhängigkeit vom Kassenvorstand“, bei welchem doch noch eine objektive Beurteilung der Kassenarztfragen vorausgesetzt werden dürfe, in die Abhängigkeit zum einzelnen Kassenpatienten geraten. Die größere Kulan in der Verschreibung habe naturgemäß (wie in der Petition nachzuweisen versucht wird), eine bedauerliche Erhöhung der Ausgaben für Arznei und Heilmittel im Gefolge, Ausgaben, welche die Kassen ohne Erhöhung der Beiträge oder Erhebung der Leistungen nicht decken könnten.
3. Der freigeählte Arzt werde auch, wolle er sich nicht die Sympathie der Patienten verdienen, gut tun, die selben nicht zur Arbeit zu zwingen, obwohl sie nach seinem Urteil bei gutem Willen recht wohl arbeiten könnten, ein Umstand, durch den die Krankengeldausgabe ganz wesentlich steige.
4. Gegen Simulationsverdächtige seien erfahrungsgemäß die Kassen nur durch Krankenhausüberweisung zu schützen. Diese Überweisungen würden sich bei freier Arztwahl allerdings (aber sehr zum Schaden der Kassen) verringern, da der freigeählte Arzt sich hüten müsse, dem Patienten wehe zu tun.

Wenn es von Amts wegen obliegt, sich durch die Unmasse von Publikationen, Denkschriften, Artikeln, Reden usw., die von hüben und drüber verbreitet worden sind, hindurchzuarbeiten, hat keine angenehme Aufgabe. Die beiden Gruppen reden meist aneinander vorbei. Wir können hier nur die Hauptstreitfragen kurz würdigen.

Daß die organisierte freie Arztwahl die Selbstverwaltung der Krankenkasse beeinträchtigt, ist eine agitatorische These. Lediglich wenn man Selbstverwaltung und Willkür des Kassenvorstandes auf einen Kenner bringt, erhält die These einen Schein von Recht. Die organisierte freie Arztwahl (schädigt die Selbstverwaltung der Kasse ebensowenig, wie der mit einem Betriebsunternehmer abgeschlossene Tarifvertrag die Selbstverwaltung des Unternehmers im Betriebe stört. Die sozialdemokratischen Kassen wehren sich freilich gegen diese Gleichsetzung von Arbeitertarifvertrag und Arztetarifvertrag, und wie stets, wenn es gilt, einen Un Sinn marxistisch-materialistisch zu begründen, hat Kautsky für diese Sache eine Theorie erfunden. Er sagt: Der Kampf der Arbeiter um Tarifverträge sei berechtigt, denn sie bekämpfen den Profit, d. h. den Teil des Arbeitsverdienstes, den der Unternehmer in die Taschen steckt. Krankenkassen machen aber keinen Profit, sie beuten keine Arbeitskräfte aus, sondern sind Wohlfahrtsanstalten. Deshalb sei der Kampf der Ärzte unbedeutend. Darauf haben die Ärzte schon erwidert, daß dann auch z. B. der Kampf der staatlichen Eisenbahnarbeiter unbedeutend sei, denn auch Staatsbahnen machten keinen Unternehmerprofit, sondern seien Wohlfahrtsanstalten. Aber die ganze Theorie ist Un Sinn. Kein Arbeiter denkt daran, den „Profit“ an sich zu bekämpfen. Man bekämpft die Unterdrückung durch den Unternehmer, kämpft gegen zu geringe Entlohnung oder, wie Fleisch sagt: Wir bekämpfen das Gewaltverhältnis im Arbeitsvertrag. Und grundsätzlich tun die Ärzte mit Recht daselbe.

Ob die organisierte freie Arztwahl die Krankenkassen unerschwerlich belastet, ist eine strittige Frage. Die Ärzte geben zu, daß die organisierte freie Arztwahl den Kassen etwas teurer wird, einfach weil nun jeder kranke Patient wirklich zum Kassenarzt geht, während unter anderen Umständen ein Teil der Kranken sich auf eigene Kosten einen Arzt nimmt, wodurch die Kasse spart. Das erscheint wohl glaublich, und wir haben aus Bergen von Material nichts gefunden, womit die Krankenkassen diesen Vorbehalt auch nur zu widerlegen versucht hätten. Aber auch darüber hinaus haben die Ärzte als notwendig eine vorbeugende Kontrolle gegen leichtsinnige Ärzte oder Patientenjäger anerkannt. Nur soll diese Kontrolle nicht einseitig vom Kassenvorstande ausgehen, sondern von einer Vertrauenskommission der Ärzte. Glaubt der Vorstand, ein Arzt verschreibe zu viele oder zu teure Arzneimittel, oder es würden die Kranken nicht früh genug gesund geföhrt, so meldet er das der ärztlichen Vertrauenskommission, die als eine Art Ständegericht die Sache untersucht und nötigenfalls abändert. Auch aus eigenem Rechte soll die Vertrauenskommission solche Verurteilungen vornehmen dürfen. Gerade um dieses strengen Kontrollsystems willen wird diese Art der freien Arztwahl als „organisierte“ bezeichnet.

(Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 21. Februar 1911.

Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerksvereine werden dringend um sofortige Einsendung ihrer statistischen Jahresberichte ersucht. Berichte, die nach dem 24. Februar ein-gehen, können bei der Zusammenstellung des Gesamtberichts nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Generalversammlung der Frauen-Vergräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.), Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit zu Berlin, fand am Sonntag, den 19. Februar 1911, im Verbandsbureau in Berlin statt. Zur Leitung der Verhandlungen wurden gewählt die Kollegen Mälzer und Sittig als Vorsitzende, Girisch und Krift als Schriftführer. Zur Aufnahme des Verhandlungsprotokolls wurde der Kollege Girisch durch den Vorstand bestellt.

Im Namen der Hauptrevisoren erstattete der Kollege Senkel den Geschäftsbericht über die Berichtsperiode 1908-1910. Das Vermögen der Kasse betrug danach am 1. Januar 1908 77 099,13 Mark, am Ende des Jahres 1910 waren 95 354,07 Mark nach dem Kursstand vom 31. Dezember 1910 vorhanden. Demnach besitzert sich der Zuwachs des Vermögens innerhalb der letzten drei Jahre auf 18 254,94 Mark.

An ordentlichen Einnahmen sind in der Berichtsperiode eingegangen für Beiträge 18 851,64 Mark, für Eintrittsgeld 149 Mark, in Summa 19 000,64 Mark. Die außerordentlichen Einnahmen betragen für eingelangte Kautionen 24,83 Mark, an Zinsen 9466,25 Mark, Vortrag vom 31. Dezember 1907 310,48 Mark. Die Gesamteinnahmen stellen sich demnach auf 28 602,20 Mark.

Demgegenüber wurden verausgabt für		
Begräbnisgelder	7 630,-	
Verwaltungskosten	3 583,63	
Inserate	497,-	
zurückgezahlte Kautionen	26,02	
Kautionszinsen	13,53	
Ankauf v. Wertpapieren	16 587,20	
Speisen f. Ankauf u. Auf- behahrung	202,50	
Etidzinsen	96,05	28 635,93 Mark.
Kassenbestand am Ende 1910	166,27	
	28 802,20 Mark.	

Die vereinnahmten Beiträge und Eintrittsgelder reichen nicht nur allein aus, um alle ordentlichen Ausgaben zu decken, sondern es verblieb hier- von noch ein beträchtlicher Ueberschuß.

Es wurden verwendet
40,2 Proz. zur Auszahlung von Begräbnisgeldern in 67 Todesfällen,
18,8 Proz. für Verwaltungskosten,
4,3 Proz. für sonstige Ausgaben und
36,7 Proz. = 6951,91 Mark konnten von den ordentlichen Einnahmen dem vorhandenen Kapital überwiesen werden.

Zu diesem Ueberschuß traten nun noch die außerordentlichen Einnahmen im Betrage von 9491,08 Mark, durch Kursgewinn 1811,95 Mark, so daß der gesamte Ueberschuß für die diesmalige Berichtsperiode auf 18 254,94 Mark zu verzeichnen ist.

Auch die Mitgliederzahl hat sich erfreulich gesteigert. Am 1. Januar 1908 waren vorhanden 1575 Mitglieder; neu aufgenommen wurden 552 Mitglieder, zusammen 2127. Davon schieden aus durch Tod 67 Mitglieder, freiwillig und gestrichen 144, zusammen 211 Mitglieder. Am Schlusse des Jahres 1910 verblieben 1916 Mitglieder, demnach 341 Mitglieder mehr als am Beginn der Berichtsperiode.

Das am 31. Dezember 1910 vorhandene Gesamtvermögen bestand in einem baren Kassenbestand von 166,27 Mark und in Wertpapieren von 95 187,80 Mark, in Summa 95 354,07 Mark. Die Wertpapiere sind bei der Reichsbank auf den Namen der Frauen-Begräbniskasse hinterlegt.

Den Beamten sowie dem Vorstand wurde einstimmig die Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes zeitigte folgendes Resultat: 1. Vorsteher Paul Mälzer, 2. Vorsteher Fritz Bartel, Hauptkassierer Rudolf Klein, Hauptkontrollleur Franz Neustedt, Hauptschriftführer Gustav Girisch, Beisitzer Ferdinand Dohms und Otto Reumann, Hauptrevisoren Paul Senkel, Hugo Sommer und Hermann Scharrff.

Hierauf folgte die Beratung und Beschlußfassung über die in Nr. 4 des „Gewerksverein“ veröffentlichten Anträge. Von den 20 Anträgen waren allein 18, die auf Grund des seit dem 1. Januar 1909 in Kraft befindlichen Versicherungs-

vertragsgesetzes zur Beratung standen. Besonders beachtenswert sind die Beschlüsse, daß die ärztliche Untersuchung bei der Aufnahme der Mitglieder in Wegfall kommt; daß Mitglieder, welche Beiträge schulden, vor der Streichung wiederholt gemahnt werden müssen; daß Begräbnisgeld gezahlt wird, wenn ein Mitglied durch Selbstmord endet und daß die Frist zur Abhebung des Begräbnisgeldes von zwei auf fünf Jahre, vom Ablauf des Todesjahres an gerechnet, verlängert ist. § 31 erhielt nachstehenden Zusatz: Ordnungsgemäß beschlossene und von der Aufsichtsbehörde genehmigte Satzungsänderungen sind für alle Mitglieder verbindlich.

Sämtliche 20 Anträge wurden einstimmig angenommen und dem Vorstand Vollmacht erteilt, von der Aufsicht gewünschte Abänderungen selbstständig vorzunehmen.

Mit diesem erfreulichen Bericht der verfloffenen dreijährigen Geschäftsperiode wird wohl jeder zufrieden sein können, und es dürfte wenige Klagen geben, die unter den obwaltenden Verhältnissen gleich günstige Resultate aufzuweisen haben. Offenheit gibt der Bericht Veranlassung, auf das gegensätzliche Wirken der Frauen-Vergräbniskasse in den Kreisen der Verbandskollegen hinzuweisen, damit diese ihre weiblichen Familienangehörigen un-terer Klasse als Mitglieder zuführen. A. A.

Arbeiterbewegung. Im Schuhgewerbe von Weiskensfeld ist es nun doch zum Kampfe gekommen. Die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse sind so gering, daß die Arbeiter es abgelehnt haben, darauf einzugehen. Am Sonnabend sind infolgedessen mehrere Tausend Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten. Genaue Zahlenangaben lassen sich heute noch nicht machen; immerhin dürfte auch unser Gewerksverein der Schuhmacher und Lederarbeiter mit nicht viel weniger als 1000 Mitgliedern an der Bewegung beteiligt werden. In Glauchau und Meerane waren die Textilarbeiter mit Lohnforderungen an die Unternehmer herangetreten, die auch geringe Zugeständnisse machten. Während die Arbeiter in Meerane dieselben an-nehmen, haben die Glauchauer Arbeiter sie abgelehnt, um in günstigerer Zeit mit ihren berechtig-ten Forderungen hervorzutreten. — Die Licht- drucker in Berlin haben einen Erfolg erzielt. Infolge ihrer Bewegung ist es gelungen, mit den Vertretern der Unternehmerorganisation einen Zentralarif für ganz Deutschland abzuschließen, der zunächst fünf Jahre Gültigkeit hat. Nach dem Vertrage beträgt die Arbeitszeit bis zum 1. Januar 1913 8 1/2 Stunde und wird von dann ab auf 8 Stunden verkürzt. Auch die Ver-ehringesala wurde verbessert und eine Erhöhung des Minimallohnes um 2 Mark durchgesetzt. — In der bekannten Schuhfabrik von Dery in Frank- furt a. M. sind Differenzen mit den Zuschneidern ausgebrochen, weil die Firma die vor kurzem ge- troffenen Vereinbarungen zu umgehen versucht.

In Derviers (Belgien) sind etwa 3000 in den Wollkämmereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten, um eine Lohnenerhöhung und eine Verkürzung der Ar-beitszeit zu erzielen. — Die österreichische Hafen- stadt Triest steht zurzeit im Zeichen der passiven Resistenz, und zwar sind es die Staatsbeam- ten, in der Hauptache Eisenbahn- und Post- angestellte, die den Kampf aufgenommen haben. Sowohl der Verkehr auf den Eisenbahnen, wie auch der Postverkehr sind völlig ins Stocken geraten. Auch die Zoll- und Gerichtsbeamten haben sich der Bewegung angeschlossen.

Ein Geschäft, das seinen Mann ernährt, scheint neuerdings die Vermittlung von Streik- brechern zu sein. Häufiger denn je kann man in den Zeitungen lesen, daß hier oder dort ein Bureau eröffnet worden ist, das sich die Vermitt- lung von Arbeitswilligen bei Lohnkämpfen zur Aufgabe gestellt hat. Das Geschäft wird nach allen Regeln der Kunst betrieben. Auch uns ist die Offerte eines solchen Vermittlungsbureaus an einen Unternehmer auf den Tisch gefallen, aus der hervorgeht, daß es auf diesem Gebiete auch bereits Spezialgeschäfte gibt. Das Reflameschrei- ben, das uns in die Hände gefallen ist, hat folgen- den Wortlaut:

„Ergebnis bezugnehmend an die zeitweise auftre- tenden Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Ar- beitnehmer erlaube ich mir, Ihnen bei etwa vorkommen- den Fällen meine Dienste zur Bewältigung von sachundi- gen arbeitswilligen Gasarbeitern anzubieten.

Durch mein Unternehmen sind Sie heute in die Lage versetzt, daß Sie oft unberechtigten Forderungen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter zuzi- weisen können, ohne daß Ihnen durch etwaige Nieder- legung der Arbeit und Verhängung des Streiks über Ihr Werk Schaden entstehen kann.

Ich bin in der Lage, bei einem etwa ausbrechenden Streik Ihrer Arbeiter auf einem Ihrer Werke, inner- halb 24 Stunden bis zu 800 geschulte arbeitswillige Gas- arbeiter jeder Kategorie zur Verfügung zu stellen, sofern vorherige Verhandlungen und Besprechungen stattgefunden haben.

Ich war bereits für mehrere städtische Gaswerke und solche, welche Privat-Gesellschaften gehören, in dieser Weise im In- und Ausland tätig. Ueber die Ausführung der mir erteilten Aufträge stehen mir die besten Referenzen und beachtlich beglaubigter Zeugnisse zur Seite, die Abschriften eines Teils derselben füge ich in der Anlage bei.

Sollten Sie auf mein Angebot reflektieren und sich für die Zukunft gegen die periodisch auftretenden Lohn- bewegungen schützen wollen, so ist nach Lage der Sache eine persönliche Unterredung erforderlich und erbitte ich mich auf telegraphische oder schriftliche Anordnung sofort nach dort zu kommen, um Rücksprache zu nehmen oder einen diesbezüglichen Vertrag mit Ihnen zu schließen, wie ihn bereits mehrere große internationale Werke auf Jahre im Voraus abgeschlossen haben, damit wenn ein Streik an Sie herantritt, Sie auf jeden Fall gerüstet sind. Es bedarf dann nur eines Telegramms und der Betrieb geht in 24 Stunden seinen normalen Gang weiter.

Einer geschätzten Nachricht entgegengehend, zeichne ich Hochachtungsvoll
Adolf Desberg.

Die Firma hat ihren Sitz in Blankensee bei Hamburg. Wie in dem Prospekt angeführt, sind Empfehlungsschreiben der Firma, die erkennen lassen, daß der Betrieb der Firma Hesseberg in der Tat ein ziemlich umfangreicher sein muß. Als ganz reichlich aber scheint man die Tätigkeit nicht zu betrachten. Nicht allein, daß man das Zirkular als „Streng vertraulich“ angehen wissen will, ist auch noch die besondere Bemerkung hinzugefügt: „Im Interesse der Sache ist strengste Dis- kretion erforderlich.“ Desgleichen wird höflichst erudt, bei Verantwortung diesbezüglicher Schreiben keine Postkarte zu benutzen.

Uniere Aufgabe kann es nur sein, diese Ge- schäftsbetriebe öffentlich an den Frager zu stellen und die Arbeiter auf sie aufmerksam zu machen, damit sie sich hüten, etwa in die Netze der Agenten solcher „Arbeitsnachweise“ zu geben. Mit Wissen wird ein anständiger Arbeiter sich von ihnen nicht anwerben lassen.

Eine beachtenswerte Kundgebung zur Reichs- versicherungsordnung haben vergangene Woche die Landesversicherungsanstalten unter dem Vorsitz von Dr. Freund- Berlin veran- staltet. Hauptgegenstand der Erörterungen war der von der Reichstagskommission gefasste Beschluß, daß die Ausgaben der Landesversicherungsanstalten für das vorbeugende Heilverfahren auf 7 Prozent der Beitragseinnahmen beschränkt werden sollen. Dagegen wurde von der Versammlung einstimmig folgende Entschlieung angenommen:

„Der von der Kommission zur Vorbereitung der Reichsversicherungsordnung beschlossene Zusatz zu § 1341 betreffend die Einschränkung der vorbeugenden Kranken- fürsorge der Versicherungsanstalten führt notwendig zur völligen Aufhebung der Selbsterwal- tung der Träger der Invalidenversicherung, beseitigt den maßgebenden Einfluß der dem Ausfluß angehörenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf die Verwaltung und damit die Arbeitsfreudigkeit der für die Durchführung der Invalidenversicherung so wichtigen Organe. Die vorbeugende Krankenfürsorge bildet gegenwärtig einen der bedeutendsten Faktoren bei der Durchführung der Invalidenversicherung und läßt keinerlei Einschränkung zu, soweit nicht die Leistungs- fähigkeit der Versicherungsanstalten auf dem Gebiete der Rentenzahlungen direkt gefährdet wird. Dem am 18. Fe- bruar 1911 in Berlin zu einer Vollversammlung einbe- rufenen deutschen Versicherungsanstalten sind daher einmütig der Ansicht, daß der von der Kommission beschlossene Zusatz zu § 1341 die Durchführung der In- validenversicherung in der schwersten Weise ge- fährden würde, und bitten um Strei- chung dieses Zusatzes.“

Hoffentlich findet dieser durchaus berechtigte Wunsch Berücksichtigung. Gerade durch die recht- zeitige Einleitung eines Heilverfahrens ist schon bei manchem Versicherten die Invalidität abgewendet und großes Glend von zahlreichen Familien ferngehalten worden. Aus Sport oder ähnlichen Grün- den haben auch die Versicherungsanstalten noch nie- mals ein Heilverfahren bewilligt, sondern nur weil sie es in ihrem eigenen und der Versicherten Inter- esse für notwendig hielten. Jener Beschluß der Reichstagskommission ist denn auch durchaus ungreiflich, und es darf nach dieser eindrucksvollen Kundgebung wohl erwartet werden, daß der Reichs- tag selbst einen anderen Standpunkt einnimmt.

Das Ideal der Agrarier. Die chinesischen Aufst, das heißt die chinesischen Handarbeiter sind bekannt wegen ihrer Bedürfnis- und Anspruchs- losigkeit. Daß sie infolgedessen auch minder leistungsfähig sind, sei nur nebenbei bemerkt. Trotz alledem bilden sie das Ideal der deutschen Agrarier.

